

Auf unsere Kosten:

Reichtum, Rüstung, Krieg!

Wer zahlt?

Die breite Masse der Bevölkerung

73 % aller Steuereinnahmen kommen aus Lohn- und Mehrwertsteuer.
Arbeitende, Pflegebedürftig, Familien, Schulen, Sozialeinrichtungen, Arbeitslose, Universitäten, Zivildienstler, Studierende, Pensionierte ...
... wir sollen bis 2014 um weitere 11 Milliarden geschöpft werden

Mehr Arme

Eine Million Armutsgefährdete mit bloßeinigem hundert Euro im Monat
ab 2011 Kosten für Mindestsicherung: 210 Millionen (0,2 Milliarden)

Die Kosten für Gesundheit und Medikamente steigen, ebenso die Selbstbehalte. Die arbeitenden Menschen liefern monatlich ihren Beitrag in die Sozialversicherung ab.

2009 betrug die Kosten für Arbeitsmarktpolitik 573 Millionen (0,57 Milliarden) oder die Pflegegeldanhebung (die jetzt de facto wieder gestrichen wird)
127 Millionen (0,127 Milliarden)

Lohn- und Gehaltsverluste von 1995 – 2008: 100 Milliarden
2009 betrug die EU-weiten **Ausgaben gegen Arbeitslosigkeit 164 Milliarden**

Wer profitiert?

z.B. Banken	10 Milliarden direkt 100 Milliarden Haftung (Koralmtunnel)
z.B. Baukonzerne	10 Milliarden
z.B. Rüstungskonzerne –	nur für Eurofighter mind. 4 Milliarden für Kauf und Betrieb
z.B. Militär mit Berufsheer	4 Milliarden statt bisher 2 Milliarden (Wehrpflicht)

Mehr Millionäre

Dafür aber besitzen Österreichs 39.000 Millionäre schon 550 Milliarden

Allein im Jahr 2009 Dividenden für die ATX-Aktionäre: 2 Milliarden

Die Firmen behalten die Beiträge zur Sozialversicherung von den Beschäftigten ein.
2009 machen die Schulden der Firmen bei den Kassen 1,2 Milliarden aus. Es gäbe bei pünktlicher Bezahlung kein Kassendefizit.

Die Einnahmen aus Vermögenssteuern liegen in Österreich jährlich um 4,2 Milliarden unter dem EU-Schnitt.
Zunahme der Gewinne der Unternehmen von 1995 – 2008: 100 Milliarden
2009 betrug die **Rüstungs- und Militärausgaben in der EU 242 Milliarden.**

Bildung statt Rüstung und Krieg!

Reichtum statt Armut verteilen!

Wir sollen belastet werden für die Profite der Aktionäre und Spekulanten, der großen Konzerne, die ihre Interessen immer mehr direkt mit Krieg durchsetzen. Die europäischen Herrschenden brauchen Geld für ihre Kriege, teils mit, teils in Konkurrenz zu den USA.
Dazu soll auch bei uns, wie in Deutschland, ein Berufsheer installiert werden

Wiens Bürgermeister Häupl, Bundeskanzler Faymann, Außenminister Spindelegger treten nun offen für die Abschaffung der Wehrpflicht und für ein Berufsheer ein. Quer durch die Parteien wird davon gesprochen und behauptet, dass ein Berufsheer mit der Neutralität vereinbar sei. Das ist nicht wahr!

EU- Militarisierung heißt Rüstung zum Krieg!

Schon 1999 hat die EU die Entscheidung gefällt, eine EU-Eingreiftruppe, in Form von Kampftruppen (sog. „battle groups“) für globale Krisen- und Kriegseinsätze, verharmlost als „Frieden schaffende Maßnahmen“ bezeichnet, aufzustellen. 10 Jahre danach hat die EU Einsätze, bei denen insgesamt schon ca. 70.000 Mann in verschiedenen Ländern stationiert wurden. Im Endausbau soll diese Kriegstruppe 360.000 Mann ausmachen. Wer das nicht glaubt: Die EU selbst hat in ihrer offiziellen Militär-Strategie-Studie für 2020 ganz offen festgelegt:

„Die OECD Staaten, das sind die EU-Staaten, USA, Kanada, Australien und Japan, müssen mit den transnationalen Konzernen, das sind die 1.000 größten Vermögen, eine symbiotische Beziehung finden ... Sie haben größere Macht als je zuvor. Doch sie brauchen den Staat und der Staat braucht sie.“ ... „Die Nr.1-Priorität der EU ist der Schutz des globalen ... ökonomischen Flusses“ ... „Sie muss den Fluss der transnationalen Ströme sichern und gegenüber den Staaten, die sich dem entgegenstellen, kann es zur direkten militärischen Konfrontation kommen.“ ... „Zu diesen Staaten zählt, wenn auch noch mit Fragezeichen, Russland.“ (Link zur ganzen Studie: www.iss.europa.eu/media/What_ambitions_for_European_defence_in_2020.pdf)

Das heißt, die EU-Militärmacht soll ausgebaut werden, um direkt militärisch für die transnationalen Konzerne Krieg zu führen! Dieses offizielle Statement der EU ist ein klares Bekenntnis zur Kriegspolitik. Und Österreich soll als EU-Mitglied da mitmachen. Deshalb gibt es nun verstärkt die Debatte um das Berufsheer. Unsere Herrschenden wollen unsere Jugend direkt für die EU- Großmächte, für die Interessen des Großkapitals kämpfen und sterben schicken! Schon zweimal im letzten Jahrhundert sind Österreicher für Großmachtinteressen marschiert. Das geht leichter, mit weniger Widerstand, mit Berufssoldaten, mit bezahlten Söldnern. Ein Berufsheer ist weit mehr der Kontrolle der Bevölkerung entzogen. Bei der Wehrpflicht ist den Menschen schwer zu erklären, wieso sie in Asien, Afrika usw. Krieg führen sollen, wo doch der einzige Zweck unseres Bundesheeres ist, unsere Neutralität zu verteidigen. Ein Berufsheer wird mindestens das Doppelte kosten, wie die heutige allgemeine Wehrpflicht: 4 Milliarden Euro! Als Basis dafür sind 15.000 Soldaten geplant. Allein beim Eurofighter hat sich gezeigt, dass die Kostenschätzungen weit zu niedrig angegeben wurden. Aus unseren Steuergeldern werden im Dienste der Multinationalen Konzerne die Kriege der Euro-Armee mitfinanziert. Ein Berufsheer bedeutet, dass noch mehr unseres Geldes in die Wirtschaft für die Militarisierung gesteckt wird, statt z.B. für Bildung und Soziales. Der Eurofighter mit mindestens 4 Milliarden Euro Kosten in den nächsten 20 Jahren war sozusagen der Einstieg, das Berufsheer soll der nächste Schritt sein, Österreich in die Militärpläne der EU hineinzuziehen. Dies ist ein klarer Bruch der Neutralität. Ein Berufsheer schützt uns nicht, sondern es zieht uns in den Krieg.

Raus aus der Wehrpflicht und rein in ein Berufsheer heißt:

- weitere Milliarden für die Geschäfte der großen Konzerne
- weitere Belastungen auf dem Rücken der ÖsterreicherInnen
- Aushöhlung der Neutralität und hinein in EU- und NATO-Kriege

JA zur Neutralität – NEIN zum Berufsheer

JA zum Sozialstaat – NEIN zum Konzern-, Militär- und Polizeistaat
Widerst@nd ist unsere Chance – Solidarität unsere Stärke

GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg www.atomgegner.at
Österreichisches Solidaritätskomitee <http://prosv.akis.at>

Stiftgasse 8, 1070 Wien